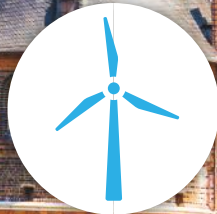


JU

SCHLESWIG-
HOLSTEIN



**Der Weg
zu einem nationalen
Klimakonsens.**

Leitantrag zum

SHT 2019

in Lübeck

 jush.de  info@jush.de  [jungeunionsh](https://www.facebook.com/jungeunionsh)  [junge_union_sh](https://www.instagram.com/junge_union_sh)  [015126568722](https://wa.me/015126568722)

Der Weg zu einem nationalen Klimakonsens

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Gerade als Land zwischen zwei Meeren ist die Bekämpfung des Klimawandels für Schleswig-Holstein von großer Bedeutung und eigenem Interesse. Daher begrüßt die Junge Union Schleswig-Holstein die aktuell intensive Auseinandersetzung mit dem Thema, den gesellschaftlichen Wandel und die größere Sensibilität der Politik im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes. Gleichwohl muss der Einsatz gegen den Klimawandel und für den Umweltschutz noch stärker als bisher betrieben werden. Denn insbesondere für uns Christdemokraten und Konservative sollte ein nachhaltiges Leben und der damit verbundene Schutz der Erde oberste Priorität haben. Unser Ziel ist, eine lebenswerte Welt für die aktuelle und auch für die nachfolgenden Generationen zu gestalten und erhalten. Klima- und Umweltschutz sollte auch für die Mutterpartei ein größeres Politikfeld als bisher sein. Dabei ist es wichtig, dass Umweltschutz und Landwirtschaft stets zusammengedacht und nicht gegeneinander ausgespielt werden, sodass die Junge Union Schleswig-Holstein eine Zusammenlegung beider Bundesministerien fordert.

Die Junge Union bedauert es sehr, dass das Klimapaket abgeschwächt wurde und fordert die Wiederaufnahme des jährlichen Klimaberichts sowie die Klimaneutralität bis spätestens 2050. Das Ziel muss sein, neben einer Schwarzen Null auch eine Grüne Null einzuführen und zu verfolgen. Auf diesem Weg wollen und werden wir keine Nachahmer der Grünen sein, da wir als Volkspartei eine Verantwortung für die gesamte Gesellschaft haben und somit alle relevanten Aspekte beim Umweltschutz betrachten müssen - sei es den Arbeitsmarkt, die gesellschaftliche Belastbarkeit und der gesellschaftliche Wille. Aus diesem Grund setzen wir uns für eine Klimapolitik ein, die alle Bereiche mitnimmt - angefangen von politischen Entscheidungen über das Unternehmertum bis hin zum gesellschaftlichen Handeln. Für uns sind dabei Innovationen und Anreize bedeutend wichtiger als Verbote oder eine moralische Überlegenheit. Nur wenn Verbote für die Gesellschaft ertragbar sind und die Einschränkungen gut erträglich sind, wie bspw. bei dem Verbot von Einweggeschirr oder dem Verbot von Ohrenstäbchen aus Plastik, sind diese auch zielführend und nehmen alle mit. Wir sind von der Innovationskraft unseres Landes fest überzeugt und glauben daher, dass den Herausforderungen des Klimawandels durch eine Stärkung der Forschung und Wissenschaft, durch Innovationen, aber auch durch Anreize und richtungsweisende Politik begegnet werden kann.

33 **Energiewende voranbringen**

34 Die nachhaltige Produktion und Nutzung von Energie ist das zentralste Thema hinsichtlich der
35 Frage, wie die globale Erwärmung auf 1,5 C gegenüber dem vorindustriellen Niveau beschränkt
36 werden kann. Wenn der Mensch hierfür allerdings nicht zurück in die steinzeitliche Höhle
37 gezwungen werden soll, bedarf es eines größeren Ansatzes als reiner Verbote und kleiner
38 Trippelschritte. Die Junge Union vertritt hierbei die Position, dass der zentrale Schlüsselaspekt für
39 eine erfolgreiche und rechtzeitige Bewältigung der größten Herausforderung unserer Generation
40 nicht mehr durch den Verzicht des Einzelnen zu schaffen ist, sondern nur noch durch massive und
41 vor allem zeitnahe Investitionen in die Erforschung und Entwicklung neuer, disruptiver
42 Technologien für die Produktion und Speicherung von Energie. Hierfür muss die Politik einerseits
43 die richtigen Anreize für Industrie und Forschung für die Entwicklung innovativer und nachhaltiger
44 Lösungen setzen und andererseits die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, damit diese
45 Lösungen sowohl im nationalen, als auch internationalen Markt zu den bisherigen Lösungen
46 wettbewerbs- und konkurrenzfähig sind. Daher begrüßt die Junge Union Schleswig-Holstein auch
47 den Verbund der Norddeutschen Energiewende 4.0, bei der Schleswig-Holstein und Hamburg sich
48 im Verbund von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik gemeinsame Ziele gesetzt haben und Hand in
49 Hand gehen.

50 Nachhaltige Produktion und Bereitstellung von Energie

51 Laut den Zahlen des Umweltbundesamts erzeugte Deutschland im Jahr 2018 35% seiner Energie
52 mithilfe erneuerbarer Quellen. Den größten Anteil hat hieran die Windenergie, gefolgt von
53 Biomasse, Solarenergie und Wasserkraft. Der Anteil Erneuerbarer Energien muss zügig weiter
54 gesteigert werden, ohne dabei aber Anwohner und Naturschutz aus den Augen zu verlieren. Neben
55 dem Bau weiterer großer (Offshore-)Windkraftanlagen muss darüber hinaus auch eine
56 Vereinfachung und Entschlackung der gesetzlichen Vorgaben für bspw. die Eigenstromversorgung
57 bei privaten und gewerblichen Anlagen vorangetrieben werden. Insbesondere Offshore-Windparks
58 sollten im Fokus des weiteren Ausbaus stehen, da diese große Strommengen erzeugen können und
59 dabei keine negativen Auswirkungen für Anwohner, wie bspw. Windparks auf dem Festland, haben.

60 Neben der nachhaltigen Produktion ist die Speicherung von Energie von zentraler Wichtigkeit. Vor
61 allem Wind- und Solarenergie sind aufgrund ihrer Abhängigkeit von Wetter und Tageszeit keine
62 verlässlich planbaren Energiequellen. Im Rahmen des Ausstiegs aus Kernkraft und Kohleenergie ist
63 es für eine nachhaltige Energiepolitik unabdingbar, zügig eine Antwort auf die Frage zu finden, wie
64 große Mengen an erneuerbar produzierter Energie gespeichert und dem Stromnetz bei Bedarf
65 wieder zugeführt werden können, ohne die Stabilität des deutschen Energienetzes zu gefährden. Je
66 schneller diese Lösungen entwickelt werden und sich am Markt etablieren, desto schneller können

Kohlekraftwerke vom Netz genommen werden. Der erst für das Jahr 2038 vorgesehene Kohleausstieg ist für das Einhalten der 1,5 C -Grenze nicht zielführend, sondern muss zeitlich vorgezogen und bis 2030 realisiert werden. Doch auch dies kann nur dann gelingen, wenn zeitnah neue Lösungen entwickelt werden und zur Nutzung zur Verfügung stehen. Schleswig-Holstein sollte als wichtiger Lieferant von Windenergie diese Herausforderungen als Chance begreifen und unter Einbeziehung von Industrie und Wissenschaft die Erforschung und Entwicklung von Speichermöglichkeiten (bspw. thermische und kinetische Speicher oder Elektrolyse) für Energie fördern und forcieren, um Schlüsseltechnologien der Zukunft - made in Schleswig-Holstein - zu entwickeln. Dies schafft lukrative nationale und internationale Märkte, schafft und sichert zukunftsfähige Arbeitsplätze und nimmt eine zentrale Rolle im Kampf gegen die Klimaerwärmung ein.

Nach der Speicherung ist schließlich der Transport der Energie zum Endverbraucher zu betrachten. Als einer der Vorreiter in der Energiewende gehört Schleswig-Holstein zu den deutschlandweit größten Produzenten von erneuerbaren Energien. Leider scheitert der effektive Transport von in Schleswig-Holstein erzeugter günstiger Windenergie in die Bundesländer jedoch weiter am fehlenden Ausbau der Stromtrassen. Hier sind insbesondere die anderen Bundesländer in der Pflicht, den Ausbau der Stromtrassen endlich umzusetzen. Umweltschutz zu fordern und gleichzeitig den Ausbau von Stromtrassen zu verzögern oder gar zu verhindern, ist moralisch widersprüchlich.

Vermeidung von neuen CO2-Emissionen

Wissenschaft und Technik haben in den vergangenen Jahren wichtige Fortschritte bei der Entwicklung der Elektromobilität im Nahverkehrssektor gemacht. In anderen Bereichen, wie zum Beispiel der Luftfahrt, ist man allerdings noch weit von einem rein elektrisch betriebenen Passagierflugzeug entfernt. Auch sind die Themen Reichweite, Ladezeit und Ladeinfrastruktur der Elektromobilität im Individualverkehr noch problematisch und müssen daher zügig weiterentwickelt werden. Bereits heute existieren allerdings technische Lösungen, die aus den in Industrieanlagen als Abfall anfallenden oder des in der Atmosphäre vorhandenen CO₂s Treibstoffe herstellen können. Gerade die zielgerichtete Extraktion von CO₂ aus der Atmosphäre mit einer anschließenden Lagerung oder Weiterverwendung für Treibstoffe für derzeit noch benzin- bzw. kerosinabhängige Technologien oder die Nutzung in modernen landwirtschaftlichen Betrieben (z.B. vertikalen Farmen) wäre ein wichtiger und realistischer Schritt für eine nachhaltigere Zukunft.

Die Extraktion von CO₂ aus der Atmosphäre für bspw. die Produktion von CO₂-neutralen Treibstoffen ist jedoch im Vergleich zur Produktion von Treibstoffen auf Erdölbasis am Markt aufgrund ihres höheren Preises noch nicht konkurrenzfähig. Die weitere Erforschung, Entwicklung

101 und Skalierung der CO₂-Extraktion muss von der Politik daher substantiell unterstützt und die
102 Konkurrenzfähigkeit der aus ihr resultierenden Produkte muss bspw. durch die Anpassungen von
103 Mehrwertsteuersätzen oder die Berücksichtigung im Rahmen des nationalen oder sogar eines
104 europäischen Emissionshandelssystems sichergestellt werden.

105 Daher setzt sich die Junge Union für eine zügige Implementierung des von der Bundesregierung
106 geplanten Emissionshandelssystems ein.

107 Potenziale der Wasserstofftechnologie nutzen

108 Der Wasserstoff nimmt als Energieträger eine wichtige Rolle zur Lösung der Mobilitäts- und
109 Klimaprobleme ein. Hier muss der norddeutsche Standortvorteil genutzt werden. In Schleswig-
110 Holstein gab es 2018 ungenutzte elektrische Energie in einer Höhe von 2.524 Gigawattstunden
111 (GWh) aus Wind an Land, Sonne und Biomasse, da die Netze die erzeugte elektrische Energie nicht
112 ableiten können. Diese Energie kann genutzt werden, um vor Ort Wasserstoff mittels eines
113 Elektrolyseurs zu erzeugen. Dies ist auch eine Chance zur Weiternutzung der alten
114 Windenergieanlagen, die aus der 20-jährigen EEG-Bindung fallen. Durch die Stromnebenkosten aus
115 dem EEG ist der so erzeugte Wasserstoff aus erneuerbarem Windstrom noch nicht
116 wettbewerbsfähig. Nur wenn der Wasserstoff in unmittelbarer Nähe zur Windenergieanlage
117 produziert wird, entfallen Stromnebenkosten. Durch die stark verstreute Produktion wird jedoch
118 die Abfuhrlogistik stark erschwert. Die Wettbewerbsfähigkeit des grünen Wasserstoffes muss
119 hergestellt werden, um eine weitere Wertschöpfung in Schleswig-Holstein zu erreichen.

120 Der so erzeugte Wasserstoff kann verschiedenen Verwendungen zugeführt werden. Er kann als
121 Prozessgas in der Industrie genutzt oder auch zu 2% in das Erdgasnetz eingespeist werden. Der
122 Wasserstoff kann jedoch auch einen wichtigen Beitrag zur Mobilitätswende leisten. Es lassen sich
123 mit der Brennstoffzellentechnologie vergleichbare Reichweiten wie mit Verbrennungsmotoren
124 betriebenen PKWs erzielen und der Auftankvorgang liegt auch in einem vergleichbaren Zeitraum.
125 Hierfür muss dringend eine Betankungsinfrastruktur geschaffen werden. Außerdem müssen
126 Anreize geschaffen werden, um die Anzahl von Wasserstoff betriebenen Fahrzeugen im Personen-
127 aber auch im Schwerlastverkehr zu steigern. Zur Förderung der mit Wasserstoff betriebenen LKWs
128 sollen diese vorübergehend von der Maut befreit werden. Die öffentlichen Fuhrparks müssen auch
129 hier positiv vorangehen und bei ihren Flottenbeschaffungen neben den batterieelektrischen
130 Antrieben auch die Brennstoffzellentechnologie berücksichtigen.

131 Akzeptanz der Energiewende

132 Neben der Vielzahl möglicher Maßnahmen muss gleichzeitig das Thema Akzeptanz der
133 Energiewende aufgegriffen werden. Der derzeitige Preis pro Kilowattstunde wird für einen

134 zunehmend größer werdenden Teil der Bevölkerung zu einer substanziellen finanziellen Belastung.
135 Windräder in unmittelbarer Nähe von Wohnsiedlungen sorgen für Frust und Unverständnis und
136 schmälern die Akzeptanz für die Energiewende. Daher begrüßt die Junge Union Schleswig-Holstein
137 die aktuelle Überarbeitung des Regionalplans zur Ausweisung potentieller Windparks der
138 Landesregierung. Als Volkspartei müssen wir uns um die Akzeptanz der Energiewende kümmern
139 und alle Menschen mitnehmen.

140

141 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 142 • die Einführung einer grünen Null bis 2050
- 143 • die Wiederaufnahme des jährlichen Klimaberichts in das Klimapaket
- 144 • ein Zusammendenken von Umwelt- und Landwirtschaftspolitik und eine Zusammenlegung
145 beider Ministerien auf Bundesebene,
- 146 • einen Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere Offshore-Windparks, unter
147 Miteinbindung des Naturschutzes und der Bürger,
- 148 • die Reduktion der gesetzlichen Hürden bei Eigenstromversorgung,
- 149 • bereits 2030 aus der Kohle auszusteigen,
- 150 • die Förderung der Erforschung und Entwicklung von Speichermöglichkeiten für Energie aus
151 erneuerbaren Energiequellen,
- 152 • den zügigen Ausbau von Stromtrassen in anderen Bundesländern,
- 153 • die substanzielle Unterstützung der Erforschung und Skalierung von Technologien zur
154 Extraktion von CO₂ aus der Atmosphäre und aus Industrieanlagen,
- 155 • die rasche Umsetzung eines nationalen Emissionshandelssystems,
- 156 • die Unterstützung der Entwicklung von CO₂-neutralen Treibstoffen sowie die
157 Sicherstellung ihrer Konkurrenzfähigkeit am Markt durch steuerliche Anreize,
- 158 • die Unterstützung der Wasserstofftechnologie zum Zweck der Stromspeicherung,
- 159 • die Schaffung einer flächendeckenden Wasserstoff-Betankungsinfrastruktur,
- 160 • Entlastungen für mit Wasserstoff betriebene LKW,

- die Weiterführung des Dialogs mit den Bürgern, um die Akzeptanz für den Klimaschutz zu halten und zu verbessern ,
- die Belohnung von klimafreundlichem Verhalten (bspw. Nutzung von Energie aus erneuerbaren Energiequellen) über eine direkt ersichtliche, geringere finanzielle Belastung für den Bürger,
- die Unterstützung der Wasserstofftechnologie zum Zweck der Stromspeicherung.

Mobilitätswende

Nach der Energiewirtschaft gehört der Verkehr zu den größten CO₂-Emittenten in Deutschland. Um die CO₂-Emissionen aus diesem Bereich zu reduzieren, müssen umweltfreundliche Verkehrskonzepte und Alternativen in den Fokus gerückt und gefördert werden, die nachhaltig die CO₂-Emissionen verringern. Diese Forderungen können durch eine Verbesserung des ÖPNV, einen verbesserten Verkehrsfluss oder neue (Antriebs-)Techniken der Fortbewegung erreicht werden. Allerdings dürfen diese Forderungen nicht zu einer Einschränkung der Mobilität der Bürger in Schleswig-Holstein führen, da Schleswig-Holstein insbesondere durch ländliche Strukturen geprägt ist und diese erhalten werden sollen. Eine Einschränkung der Mobilität schwächt die ländlichen Bereiche nachhaltig in ihrer Struktur, Wettbewerbsfähigkeit, Attraktivität und Kaufkraft und könnte somit zu einer verstärkten Landflucht führen.

Der ÖPNV mit Bus und Bahn stellt nicht nur im Nah-, sondern auch im Fernverkehr eine klimafreundliche Alternative zum Auto dar. Grundlage für die Annahme des ÖPNV durch die Bürger ist allerdings eine entsprechende Attraktivität und Funktionalität sowie Zuverlässigkeit der entsprechenden Verkehrsmittel bei angemessenen Preisen. Ein großes Problem der Bahn ist deren Unpünktlichkeit und Unzuverlässigkeit. Verspätungen und nicht voll funktionsfähige Züge (defekte Türen, Klimaanlage, Licht, WLAN etc.) mindern die Qualität und Annahme dieser Dienstleistung deutlich. Darüber hinaus ist die Nutzung des Autos noch immer häufig günstiger und flexibler, sodass die Anreize für die Nutzung des ÖPNVs maßgeblich verbessert werden müssen. Der Ausbau schneller Verbindungen zwischen großen Städten und Metropolen mit angemessenen Zwischenhalten hat das Potential, die Akzeptanz bei Reisen zu steigern. So sollte es z. B. Ziel sein, dass eine Bahnfahrt zwischen Kiel und Hamburg nur 45 Minuten dauert und günstiger als eine Autofahrt ist.

192 Ein weiterer wichtiger Aspekt zur Nutzung des ÖPNVs ist die Erreichbarkeit aus den ländlichen
193 Regionen. Dies kann dadurch erfolgen, dass die Taktung des Busverkehrs auf die Bahn abgestimmt
194 wird oder ausreichend Park and Ride-Anlagen im städtischen Umland zur Verfügung stehen. In
195 besonders ländlichen Regionen, in denen eine Auslastung von Bussen nicht gegeben ist, kann der
196 Ausbau von Alternativen, wie z. B. Anrufsammeltaxis, gefördert werden.

197 Der Preis darf nicht auf Kosten der Beförderungsunternehmen gesetzlich vorgeschrieben gesenkt
198 werden, da dies möglicherweise im Widerspruch zur geforderten Verbesserung der Dienstleistung
199 stünde. Möglich wären eine Anpassung der Umsatzsteuersätze für den ÖPNV, eine bessere
200 steuerliche Geltendmachung im Rahmen der Pendlerpauschale oder in der Unterstützung durch
201 den Arbeitgeber etc. Um den ÖPNV noch attraktiver zu machen, muss mit dem Hamburger
202 Verkehrsverbund aufgrund seiner engen Verflechtung und starken Nutzung von Schleswig-
203 Holsteinern zusammengearbeitet werden.

204 In bestimmten Bereichen können auch alternative Möglichkeiten der Fortbewegung zu einer
205 Verbesserung der Klimabilanz im Verkehrsbereich führen. Diese Alternativen müssen allerdings zu
206 der geforderten Reduzierung von bisher mit dem Auto gefahrenen Strecken führen. Der aktuelle
207 Trend der e-Scooter in deutschen Großstädten wirkt auf den ersten Blick modern, funktional und
208 hip, hat allerdings keine Reduzierung der gefahrenen Kilometer oder Emissionen zur Folge. Aus
209 diesem Grund fordert die Junge Union eine Weiterentwicklung von E-Scooter-Angeboten, bspw.
210 mit stationären Ladesäulen. E-Bikes können besonders im städtischen Umfeld oder ländlicher
211 Struktur mit entsprechender Dichte bzw. bei geringen bis mittleren Entfernungen zu
212 entsprechenden Bereichen (Arbeitsplätze, Supermärkte, Ärzte etc.) das Auto ersetzen. Neben
213 finanziellen Anreizen bei der Anschaffung von e-Bikes muss eine entsprechende Infrastruktur
214 geschaffen werden. Dazu zählt neben ausreichend Ladesäulen insbesondere die
215 Fahrradfreundlichkeit der Innenstädte.

216 Weitere alternative Antriebe und zukunftsfähige Techniken sollten beim Transport von Waren und
217 Gütern zum Einsatz kommen. In unserer arbeitsteiligen Wirtschaft und den Just-In-Time-
218 Lieferungen sowie einem steigenden Anteil des Versandhandels haben die Warenmengen auf
219 deutschen Straßen stark zugenommen und werden in Zukunft eher weiter zu- als abnehmen.
220 Besonders auf den hochfrequentierten Strecken, wie z. B. vom Hafen Hamburg in die
221 Logistikzentren im Hamburger Umland, sind feste und regelmäßige Routen für Transporte auf der
222 Straße realisierbar. Diese Strecken können für LKW elektrifiziert und von entsprechenden Hybrid-
223 Fahrzeugen genutzt werden. Die Einrichtung einer entsprechenden Strecke erfolgt bereits auf der
224 A1, sollte aber auf mehr Versuchsstrecken ausgeweitet werden. Der Transport zum
225 Verbraucher/Endkunden kann dann von den Logistikzentren ausgehend per Drohne über spezielle

226 Ports und Packstationen erfolgen. Damit dies möglich wird, müssen im Bereich der Infrastruktur
227 und der gesetzlichen Regelungen die notwendigen Entwicklungen und Anpassungen erfolgen.

228

229 In den überlasteten Innenstädten können weiterhin intelligente Verkehrsmanagementsysteme
230 eine Entlastung schaffen. Ständiges Beschleunigen, Abbremsen und Stehen bei laufendem Motor
231 erhöht die Emissionen deutlich im Vergleich zu einem konstanten Verkehrsfluss, u. U. auch bei
232 geringeren Geschwindigkeiten. Dies schont die Umwelt und Einwohner der Innenstädte, auch noch
233 über die Zeit der Verbrennungsmotoren hinweg.

234 Der Schiffsverkehr für den Transport von Waren sowie touristische Kreuzfahrten haben in der
235 Vergangenheit deutlich in ihrem Umfang zugenommen. Dieser Bereich betrifft Schleswig-Holstein
236 durch seine maritime Wirtschaft, Lage zwischen zwei Meeren und den entsprechenden Häfen und
237 Terminals in besonderer Weise. Die Reduzierung der CO₂-Emissionen in der Schifffahrt kann über
238 mehrere Wege erfolgen. Zum einen sollten die Reedereien verpflichtet werden, 1% ihres Umsatzes
239 in Forschung zu emissionsmindernden Techniken zu investieren. Weiterhin kann beispielsweise
240 eine Reduktion über strömungsfreundlichere Oberflächen und den umweltschonenden Schutz vor
241 Seepocken etc. helfen. Zusätzlich ist der Betrieb der Schiffe im Hafen über den eigenen Strom aus
242 dem Schiffsdiesel nicht mehr zeitgemäß, wenn in den Häfen Anlagen zur Versorgung mit
243 Landstrom vorhanden sind. Da dieser jedoch zu teuer ist, fordert die Junge Union Schleswig-
244 Holstein die Abschaffung der EEG-Umlage für Landstrom. Darüber hinaus sollte das Ziel sein, dass
245 dieser Strom bis 2025 ausschließlich aus erneuerbaren bzw. CO₂-neutralen Energien stammt.

246 Neben der Schifffahrt gehören Flüge zu den emissionsstärksten Arten der Fortbewegung in Bezug
247 auf die Personenkilometer. Allerdings sind Flugreisen aufgrund von Dumpingpreisen und der
248 Steuerfreiheit von Kerosin häufig die günstigste Art der Fortbewegung auf nationalen und
249 internationalen Strecken. Dies ist ein Umstand, welcher im Widerspruch zum Umweltschutz steht
250 und nicht zielführend ist. Daher fordert die Junge Union Schleswig-Holstein, die Steuerfreiheit des
251 nicht CO₂-neutralen Kerosin zu beenden und eine Sondersteuer für Flugtickets auf Kurzstrecken
252 einzuführen. Um die Emissionen der durchgeführten Flugreisen zu reduzieren, könnten durch eine
253 einheitliche Flugsicherheit in Europa die Flugstrecken verkürzt werden, weil die Flüge auf direkten
254 Strecken die Ziele anfliegen können und keine Umwege mehr fliegen, um nur bestimmte Korridore
255 zu passieren und dadurch den administrativen Verwaltungsaufwand zu reduzieren.

256

257 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert,

- 258 • den Fokus bei Verbesserungen im Verkehr auf nachhaltige CO2-Reduzierungen zu legen,
- 259 • die Erreichbarkeit, Angebote und Alternativen zum ÖPNV zu verbessern,
- 260 • den Ausbau schneller Bahnverbindungen zwischen Kernregionen,
- 261 • das Park and Ride im städtischen Umland zu verbessern/auszubauen,
- 262 • die Pünktlichkeit und Funktionssicherheit der Bahn zu verbessern sowie eine Senkung der
- 263 Preise um 10% Umsatzsteuer auf den ÖPNV,
- 264 • die Schaffung einer öffentlichen Ladestruktur für E-Scooter und sowie finanzieller Anreize
- 265 für die Anschaffung von E-Bikes,
- 266 • die Verbesserung der Fahrradfreundlichkeit in den Innenstädten,
- 267 • Ausbau und Forschung zu elektrifizierten Autobahnen,
- 268 • Forschung und Entwicklung zu den Rahmenbedingungen im autonomen Warentransport
- 269 per Drohne,
- 270 • die Weiterentwicklung und Installation intelligenter Verkehrsmanagementsysteme,
- 271 • Reedereien zu verpflichten, 1% ihres Umsatzes in Forschung zu emissionsmindernden
- 272 Techniken zu investieren,
- 273 • die flächendeckende Verwendung von Landstrom in den Häfen sowie die ausschließliche
- 274 Nutzung von erneuerbaren Energien für Landstrom bis 2025,
- 275 • die Befreiung der Reedereien von der EEG-Umlage,
- 276 • die zusätzliche Versteuerung von Flugreisen auf Kurzstrecken,
- 277 • die Aufhebung der Steuerfreiheit von Kerosin auf internationaler Ebene,
- 278 • die Einführung einer internationalen Flugsicherheit, um direkte Flugstrecken auf
- 279 administrativer Ebene zu vereinfachen

280

281

282 **Anreize für gesellschaftliches und unternehmerisches Handeln**

283 Um das Klima und die Umwelt zu schützen, ist auch die Gesellschaft in Verantwortung, ihr
284 Verhalten zu ändern. Die Politik muss hier wertvolle Anreize setzen und die Bevölkerung in ihrem
285 Handeln unterstützen.

286 Bildung als Grundstein für umweltbewusstes Verhalten

287 Nachhaltiges Verhalten wird in der Gesellschaft nun fest verankert, wenn bereits im Kinder- und
288 Jugendalter damit begonnen wird. Damit Kinder frühzeitig an das Thema herangeführt werden und
289 ein umweltbewusstes Verhalten erlernen, sollte jedes Grundschulkind einen Bauernhof besuchen,
290 Blumen im Klassenzimmer pflegen, in den heimischen Wald gehen und diesen kennenlernen, etwas
291 über Recycling und nachhaltiges Leben im Unterricht erlernen. Denn eines der großen Probleme
292 ist, dass die Entfremdung, insbesondere von städtischen Kindern zur Natur, immer größer wird
293 Auch in den weiterführenden Schulen sollte nachhaltige Entwicklung eine Rolle spielen und durch
294 naturnahe Projekte das Umweltbewusstsein verbessert werden. So könnten beispielsweise ein
295 Plastikfreier-Tag oder ein Müllsammel-Tag in Schulen oder gar eine Umwelt-AG eingerichtet
296 werden.

297 Nachhaltigkeitsmanagement in Unternehmen

298 Nachhaltigkeit ist häufig auch mit wirtschaftlicher Einsparung verbunden. Dies gilt insbesondere
299 für Unternehmen, da hier sich die Einsparung unmittelbar in der Buchführung niederschlägt. Um
300 Nachhaltigkeit noch stärker als bisher in Unternehmen zu verankern, ohne gleichzeitig
301 Greenwashing zu betreiben, sollten insbesondere die IHK, die WTSH und andere
302 Unternehmensberatungen Unternehmen im Bereich der Nachhaltigkeit beraten und unterstützen.
303 So könnte ein Nachhaltigkeitscheck für die Aufnahme oder Zusammenarbeit entwickelt werden,
304 der den Unternehmen eine direkte Rückmeldung gibt. Weiterhin sollte die WTSH ihren Leitfaden
305 zur Nachhaltigkeit so überarbeiten, dass einfache Lösungen für alle Unternehmensgrößen möglich
306 sind und individuelle Lösungen für alle gefunden werden können. Ein zielführendes
307 Nachhaltigkeitsmanagement darf nicht mehr Ressourcen kosten, als es Ressourcen einspart.

308 Ökologischen Fußabdruck einführen

309 Die gemeinsame Einigung von Einzelhandel und Bundesumweltministerium Plastiktüten nicht
310 mehr kostenlos an Kunden abzugeben, begrüßt die JU Schleswig-Holstein. Solche Einigungen sind
311 gute Lösungen, da alle Akteure an der Verhandlung beteiligt waren und dies ausschließlich Vorteile
312 bringt. Nach Lösungen wie diesen sollte noch stärker gesucht werden als bisher, um richtige
313 Anreize für das gesellschaftliche Handeln zu setzen. Daher begrüßt die Junge Union Schleswig-

314 Holstein auch das EU-Verbot von bestimmten Einweg-Artikeln. Gleichwohl sollte bei
315 Alternativprodukten auch immer auf die ökologischen Auswirkungen geachtet werden. Dieses
316 System sollte auch weiter ausgebaut werden, um so unnötigen Plastikmüll zu verhindern. So
317 sollten Mehrwegprodukte geringer als Einweg-Produkte besteuert werden.

318 Um der Gesellschaft jedoch auch Entscheidungskompetenz zu geben, fordert die Junge Union
319 Schleswig-Holstein die Einführung eines einheitlichen ökologischen Fußabdrucks für alle Produkte
320 ein. Somit würden Verbraucher aufgeklärt und können auf dieser Basis umweltfreundlich, aber
321 selbstständig entscheiden. Gleichzeitig gäbe es einen Anreiz für Unternehmen, möglichst
322 umweltfreundliche Produkte zu produzieren. Dieser ökologische Fußabdruck sollte sowohl für
323 Lebensmittel als auch für herkömmliche Produkte gelten und sowohl die Produktion als auch die
324 Verpackung betrachten. Somit würde auch ein Anreiz gesetzt werden, dass Mehrfach-
325 Verpackungen reduziert werden. Darüber hinaus sollten alle Produkte gekennzeichnet sein, die
326 plastikfrei sind, um auch hier den Verbrauchern eine Entscheidungshilfe zu geben. Dies ist
327 insbesondere bei Kosmetika und verstecktem Plastik (z. B. Mikroplastik) wichtig.

328 Umgang mit Lebensmitteln

329 In Deutschland werden täglich große Mengen an Lebensmitteln entsorgt, besonders von großen
330 Supermarktketten. Auch das verschwendet Ressourcen, die wir unserer Umwelt nehmen. Nach
331 dem Vorbild von Tschechien und Frankreich setzt sich die Junge Union Schleswig-Holstein dafür
332 ein, dass große Supermarktketten noch haltbare Lebensmittel, die jedoch nicht mehr verkauft
333 werden, an die Tafeln e. V. oder eine vergleichbare Institution spenden müssen. Dies würde diese
334 Institutionen unterstützen, mit der steigenden Zahl Bedürftiger zurecht zu kommen.

335 Die nationale Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung muss konsequent
336 umgesetzt werden. Damit dies in der entsprechenden Konsequenz erfolgen kann, müssen die
337 Zeitpunkte der größten Lebensmittelverschwendung in dem Zyklus aufgedeckt und transparent
338 veröffentlicht werden, damit diese durch entsprechende Informationen und Maßnahmen in der
339 Bevölkerung reduziert werden können. Zusätzlich können die Aufklärungskampagnen ebenfalls
340 Informationen über Regionalität und Saisonalität der Bevölkerung zur Verfügung stellen. Durch
341 weniger Transporte und Lagerhaltung wird ebenfalls die Umwelt entlastet. Dabei sollten besonders
342 die Kantinen der öffentlichen Einrichtungen mit gutem Beispiel vorangehen und vermehrt auf
343 Regionalität und Saisonalität achten.

344 Aufgrund unserer sehr hohen Verbraucherschutzstandards sind zahlreiche Artikel in Supermärkten
345 zum Teil mehrfach in Plastik verpackt. Insbesondere Gemüse und Obst sollten nicht mehr in Plastik
346 verpackt werden, da diese weder der Haltbarkeit noch der Hygiene dienen. Um Bio von

347 konventionellen Produkten zu unterscheiden, sollten diese mithilfe von Lasern gekennzeichnet
348 werden.

349 Darüber hinaus hat sich das Pfandflaschensystem in Deutschland als Erfolgsmodell herausgestellt.
350 Um die Umwelt besser zu schützen, müssen wir es auf alle Flaschen ausweiten und uns auf
351 europäischer Ebene einsetzen, es weiter zu verbreiten.

352

353 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 354 • eine Stärkung des Umweltbewusstseins in Schulen und die Einrichtung von Umwelttagen,
- 355 • einen einfachen Nachhaltigkeitscheck für Unternehmen durch die IHK und die WTSH
356 sowie eine Überarbeitung des Nachhaltigkeitsleitfadens der WTSH,
- 357 • eine geringere Besteuerung von Mehrweg-Produkten als von Einweg-Produkten,
- 358 • die Einführung des ökologischen Fußabdrucks für Lebensmittel und herkömmliche
359 Produkte,
- 360 • die Kennzeichnung von plastikfreien Produkten,
- 361 • große Supermarktketten zu verpflichten, übrig gebliebene, noch haltbare Lebensmittel an
362 die Tafeln zu spenden statt diese zu entsorgen,
- 363 • dass öffentliche Kantinen vermehrt auf Regionalität und Saisonalität setzen und somit
364 Vorbild für private Träger sind,
- 365 • ein Verbot für Plastikverpackungen bei Lebensmitteln bis 2022,
- 366 • einen einheitlichen Pfandbetrag für alle Flaschen einzuführen,
- 367 • die Ausweitung des Pfandsystem auf die EU.

368

369 **Recycling als energetisch günstige Alternative zur Verbrennung**

370 Das EU-Recht gibt eine Abfallhierarchie vor, die besagt, dass an erster Stelle die Vermeidung von
371 Müll steht, dann Recycling und Wiederverwertung kommen und als letzte Option, falls das
372 Recycling laut Betrachter nicht wirtschaftlich genug sei, die Endverwertung, also die Verbrennung
373 des Mülls, steht. Zwar kann die Energie aus der Verbrennung von Müll für Fernwärme genutzt

374 werden, doch ist diese dabei energetisch wesentlich ungünstiger als Recycling. Das zeigt, welchen
375 Beitrag Recycling zur Schonung natürlicher Ressourcen leisten kann.

376 Problematisch an der Abfallhierarchie ist, dass nicht klar definiert wird, ab wann etwas als
377 wirtschaftlich beziehungsweise umsetzbar gilt. Dadurch können die EU-Mitgliedstaaten für sich
378 auslegen, wann sie recyceln und wann sie verbrennen möchten. Aus diesem Grund fordert die
379 Junge Union Schleswig-Holstein eine konkrete EU-weit gültige Richtlinie, ab wann Müll verbrannt
380 werden darf.

381 Bei Plastikmüll ist häufig das Problem, dass es sich um Verbundmaterialien handelt, zu deren
382 Trennung teure Sortiermaschinen von Nöten sind. Da dies im Augenschein der Unternehmen nicht
383 wirtschaftlich ist, wird dieser häufig energetisch ungünstig verbrannt oder ins Ausland exportiert,
384 dort verbrannt oder in die Weltmeere entsorgt. Um diesem Problem entgegenzuwirken, fordert die
385 Junge Union Schleswig-Holstein zunächst die Förderung der Anschaffung von Sortiermaschinen
386 und für das Recycling notwendiger Gerätschaften. Weiterhin fordert die Junge Union Schleswig-
387 Holstein, den Export von Müll in Entwicklungs- und Schwellenländer zu verbieten. Deren
388 Recycling- und Müllverwertungssysteme sind in keinsten Form auf diese Mengen von Müll sowie
389 auf umweltschonendes Recycling ausgerichtet, sodass es in zahlreichen Fällen zu noch mehr
390 Umweltverschmutzung kommt. Deutschland kann die Verantwortung für seinen Müll nicht an
391 Länder, die dem nicht gewachsen sind, abgeben. Da einige unserer europäischen Nachbarstaaten
392 bessere Systeme zum Recycling von Plastik und ähnlichem haben, sieht die Junge Union Schleswig-
393 Holstein einen Export von Müll in europäische Länder als unkritisch. Oberstes Ziel muss jedoch
394 sein, den selbst produzierten Müll auch in Deutschland zu recyceln.

395 Das Recycling unterliegt in Europa in jedem Staat anderen Richtlinien. Häufig führt dies zu hohem
396 Bürokratieaufwand bei innereuropäischen Export und Import von Müll. Die Junge Union Schleswig-
397 Holstein fordert daher europaweit einheitliche Richtlinien. Eine deutsche Vorreiterrolle in der
398 Technik und dem Wissen ums Recycling bietet der deutschen Wirtschaft zahlreiche Chancen und
399 reduziert die Gefahr einer Ressourcenknappheit. Aus diesem Grund fordert die Junge Union
400 Schleswig-Holstein, die Forschung in diesem Bereich zu intensivieren, um Recycling
401 wirtschaftlicher zu machen.

402 Voraussetzung für das Recycling von Müll ist die korrekte Trennung durch den Verbraucher. Noch
403 zu häufig wird Müll, insbesondere in Mehrfamilienhäusern, nicht getrennt. Dies liegt unter
404 anderem auch an Unwissen und dem Gerücht, dass ohnehin alles gemeinsam recycelt wird. Um die
405 Bürger besser aufzuklären, sollen entsprechende Hinweisschilder zur Aufklärung in
406 Mehrfamilienhäusern verpflichtend ausgehängt sowie stärker überwacht werden. Verursacher von
407 fehlbefüllten Behältern oder falsch bereitgestellten Sperrmüll sollten stärker sanktioniert werden.

408 Weiterhin führen lose Müllsäcke (z.B. Gelbe Säcke) dazu, dass Müll in die Natur gelangt und zur
409 Gefahr für Tiere wird. Um diesem Problem zu begegnen, fordert die Junge Union Schleswig-
410 Holstein die Abschaffung von losen Müllsäcken und die verpflichtende Nutzung von Mülltonnen
411 und Müllcontainern. Öffentliche Mülltonnen sollten überdies nur mit einer Schließmöglichkeit
412 aufgestellt werden dürfen, damit insbesondere Vögel diesen Müll nicht mehr herauspicken und in
413 die Natur und Meere verbreiten.

414 Da der "Grüne Punkt" nicht ausreichend ist und viele Verbraucher aufgrund mangelnder
415 Kennzeichnung mit der richtigen Entsorgung überfordert sind, fordert die Junge Union Schleswig-
416 Holstein auf allen Produkten einen entsprechenden Entsorgungshinweis abzdrukken und die
417 Farben der Mülltonnen bundesweit einheitlich zu regeln.

418 Besonders problematisch ist die Trennung von Batterien vom normalen Hausmüll. Batterien
419 enthalten zum einen giftige Inhaltsstoffe sowie wichtige und knappe Rohstoffe, die bei der
420 Verbrennung verloren gehen würden. Um den Aufwand für den Verbraucher bei der Entsorgung
421 von Batterien zu verringern, fordert die Junge Union Schleswig-Holstein zumindest an großen
422 Mietshäusern im Bereich der Mülltonnen auch immer ein Sammelbehältnis für Batterien
423 aufzuhängen.

424 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert,

- 425 • eine europäische Richtlinie zur Konkretisierung von Recycling und zur Mülltrennung,
- 426 • die Förderung der Anschaffung von hochwertigen Sortiermaschinen und anderer
427 Gerätschaften, die dem Recycling dienen,
- 428 • den Export von Müll in Schwellen- und Entwicklungsländer zu verbieten,
- 429 • Forschung und Innovation im Bereich Recycling stärker zu fördern,
- 430 • das Aufhängen von Hinweisschildern an Mehrfamilienhäusern zur korrekten
431 Mülltrennung,
- 432 • fehlsortierte Mülltonnen stärker zu sanktionieren,
- 433 • eine einheitliche Entsorgungskennzeichnung von Verpackungen,
- 434 • die Abschaffung von losen Müllsäcken und die verpflichtende Nutzung von Mülltonnen
435 und Müllcontainern,
- 436 • öffentliche Mülltonnen in Städten mit Schließeinrichtungen zu versehen,

- 437 • an den Abfalltonnen großer Mietshäuser ein Sammelbehältnis für Batterien aufzuhängen,
- 438 • eine Einführung von einheitlichen Entsorgungshinweisen auf Verpackungen sowie
- 439 bundesweit einheitliche Farben von Mülltonnen.

440

441 **Emissionsarmes Wohnen**

442 Neben der Mobilität weist der Bereich des Wohnens, insbesondere beim Bau und Heizen, die
443 höchsten Emissionen auf. Daher ist es wichtig, auch hier anzupacken, um große Schritte zu
444 erreichen.

445 Die vorgestellten Maßnahmen im Klimapaket der Bundesregierung zum Bereich Bauen begrüßt
446 und unterstützt die Junge Union Schleswig-Holstein und fordert nun eine schnelle Umsetzung und
447 vor allem eine breite Aufklärung der Gesellschaft.

448 Um Wohneigentümer bei energetischen Investitionen zu unterstützen, fordert die Junge Union
449 höhere Kreditvolumen bei der KfW für einen Zins unter 1%. Diese sollen nicht nur für
450 grundlegende Sanierungen, sondern auch für einzelne Maßnahmen angeboten werden. Um über
451 die zahlreichen Angebote einen Überblick zu erhalten, fordert die Junge Union Schleswig-Holstein
452 ein Portal zu energetischen Sanierung, auf der die einzelnen Wettbewerber die Förderprogramme
453 vorstellen und vergleichen können.

454 Aktuell wird aufgrund der Kostennachteile oftmals vom Bauen mit nachwachsenden Rohstoffen
455 zugunsten konventioneller Baustoffe abgesehen. Mit steigender Nachfrage nach alternativen
456 Baustoffen würden diese jedoch in größeren Mengen und somit kostengünstiger produziert
457 werden. Um die Nachfrage zu steigern, sollte bei allen öffentlichen Bauten ein 40%iger Anteil an
458 nachwachsenden Baustoffen als Vorbild verwendet werden.

459 Darüber hinaus steht der Denkmalschutz häufig in einem Konflikt mit dem energetischen Wohnen.
460 Daher fordert die Junge Union Schleswig-Holstein, diesen Konflikt zugunsten des energetischen
461 Wohnens zu lösen und den Denkmalschutz für energetische Sanierungen wesentlich zu lockern.

462 Rund 70% des Energieverbrauchs beim Wohnen entfällt auf das Heizen. Für ein
463 umweltfreundlicheres Wohnen ist es also nicht nur wichtig, Energie zu sparen, sondern auch
464 intelligent zu heizen. Bei vielen Formen der Energieerzeugung entsteht Abwärme, welche in vielen
465 Fällen noch nicht optimal genutzt wird. Hierbei muss auf Neubau und Sanierung ein größerer
466 Fokus gelegt werden, sodass dort, wo es möglich ist, Abwärme zum Heizen genutzt wird. Gerade
467 neue Wohngebiete sollten mit der Möglichkeit von lokaler Energiegewinnung und der Nutzung von

468 Abwärme geplant und errichtet werden. Darüber hinaus soll der Bestand an Heizungen mit fossilen
469 Brennstoffen reduziert werden. Möglich ist die Förderung von alternativen Brennstoffen oder der
470 Einbau von Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung mit gleichzeitiger Stromerzeugung beim Heizen
471 der Gebäude.

472 Um klimaneutrales Wohnen zu fördern, sollten die zum Teil strengen Vorlagen für
473 Photovoltaikanlagen auf Garagen und Dächern sowie für kleine Windkraftanlagen in Gärten
474 gelockert werden. Dadurch sollen Wohnhäuser nicht nur zu energetischen Selbstversorgern,
475 sondern zum Teil auch zu Energieeinspeisern entwickelt werden.

476

477 Die Junge Union fordert,

- 478 • eine rasche Umsetzung der Baumaßnahmen des Klimapakets und eine umfassende
479 Aufklärung der Bevölkerung,
- 480 • die bessere Förderung der Beratung zu energetischen Sanierungen,
- 481 • die Erhöhung der Kreditvolumen der KfW für energetische Sanierungen bei einem Zins
482 unter 1%,
- 483 • die Förderfähigkeit für Einzelmaßnahmen zu verbessern,
- 484 • ein Online-Portal zur Übersicht von energetischen Förderprogrammen,
- 485 • die Nutzung von Abwärme zu verbessern
- 486 • die Unterstützung der Nutzung von Fernwärme beim Bau, aber vor allem bei Nutzung und
487 Sanierung,
- 488 • einen Mindestumfang von 40% für nachwachsende Baustoffen bei öffentlichen Bauten,
- 489 • eine Verringerung der denkmalschutzrechtlichen Auflagen bei energetischen Sanierungen,
- 490 • Neubaugebiete intelligent planen in Verbindung mit Energie und Wärmenutzung,
- 491 • eine Lockerung der Bauvorschriften für Photovoltaikanlagen und kleinen
492 Windkraftanlagen.

493

494 **Landwirtschaft und Naturschutz gemeinsam denken**

495 Neben der Einsparung der Emissionen gehört eine standortangepasste Umweltpolitik/
496 Naturschutz zu den Werkzeugen, um einen umfassenden Beitrag zum Erhalt unserer Natur und
497 zum Klimaschutz zu erreichen. Bislang war die Umweltpolitik immer auf den Naturschutz
498 ausgerichtet und hat den Klimaschutz oftmals nur als Synergieeffekt erfüllt. Dies wollen wir
499 ändern.

500 Sowohl in Schleswig-Holstein als auch in Deutschland ist die Landwirtschaft ein großer Nutzer der
501 Fläche und somit auch der Natur. Sie sichert die Versorgung der Bevölkerung und ist ein wichtiger
502 Bestandteil des ländlichen Raumes. Aufgrund dieser wichtigen Stellung darf die Umweltpolitik
503 nicht über das notwendige Maß hinaus die Existenz der Landwirtschaft gefährden. Umweltschutz
504 und Landwirtschaft sollten niemals gegeneinander ausgespielt, sondern vielmehr
505 zusammengedacht werden. Eine regionale Landwirtschaft in Deutschland kann beispielsweise eine
506 umweltgerechte Produktion gewährleisten und die Emissionen aus dem Transport senken, wenn
507 die Versorgung nicht von Importen aus dem Ausland abhängig ist.

508 Für die Umweltpolitik und den Naturschutz gibt es mehrere Instrumente, um die Ziele zu
509 erreichen. Eines davon ist der Vertragsnaturschutz, bei dem gemeinsam mit den Landwirten
510 Programme und Maßnahmen durchgeführt werden, bei denen der Landwirt weiterhin Eigentümer
511 und Bewirtschafter der Flächen bleibt und für seinen Aufwand und seine Mehrleistung im Sinne
512 des Naturschutzes eine Aufwandsentschädigung erhält. Die Attraktivität und Annahme der
513 Maßnahmen steigt zum einen durch eine entsprechende Flexibilität der Maßnahme sowie durch
514 dezentrale Maßnahmen als wichtiges Instrument der Umweltpolitik. Denn aufgrund der großen
515 Vielfalt unserer Natur gibt es nicht die eine Lösung des Naturschutzes. So setzt sich die Junge
516 Union Schleswig-Holstein vor allem für dezentrale Maßnahmen ein, die im Einklang von vor Ort
517 ansässigen Vereinen und Institutionen betreut werden. Diese Maßnahmen bieten den Vorteil, dass
518 die Landwirte durch eine intensive Beratung und das Wissen vor Ort effektiv in allen Themen und
519 Fragen zum Umweltschutz betreut werden können. Weiterer Vorteil der lokalen Verbundenheit
520 solcher Maßnahmen ist die einfachere Kontaktaufnahme zu den Trägern und Betreuern, weil der
521 Erfolg der Maßnahme durch eine motivierte Mitarbeit des Landwirtes deutlich steigt.

522 Die Landwirtschaft bietet vielfältige Möglichkeiten, aktiv im Naturschutz mitzuwirken. Oftmals
523 können Synergieeffekte zwischen Natur- und Klimaschutz in der Umweltpolitik erreicht werden.
524 Dies ist beispielsweise der Fall, wenn der Humusgehalt im Boden aufgebaut wird. Ein höherer
525 Humusgehalt steigert das Bodenleben, das Wasser- und Nährstoffhaltevermögen und kann durch
526 seine CO₂-speichernde Wirkung einen positiven Effekt auf die Treibhausgase haben. Allerdings ist
527 in der aktuellen Düngeverordnung eine Reduzierung der Düngung bei höheren Humusgehalten

528 verpflichtet. Diese Hemmnisse mindern die Bereitschaft der Landwirte, den Humusgehalt in den
529 Böden deutlich zu steigern, sodass eine Überarbeitung in der Düngeverordnung in diesem Punkt
530 notwendig ist. Gleichwohl muss die Düngung in Schleswig-Holstein ausschließlich bedarfsgerecht
531 und nach guter fachlicher Praxis erfolgen. Hierfür sollte die Düngeberatung ausgebaut werden.

532 Ein weiterer natürlicher CO₂-Speicher sind die Moore und Wälder in Schleswig-Holstein. In der
533 Vergangenheit wurden Moore vermehrt trocken gelegt, um landwirtschaftliche Nutzflächen zu
534 gewinnen. Das Trockenlegen der Moore setzt im gleichen Moment große Mengen an
535 Treibhausgasen frei, eine Vernässung der Moore kann Treibhausgase binden. Daher bietet die
536 Vernässung der Moore wie der Humusaufbau einen Synergieeffekt zwischen Natur- und
537 Umweltschutz. Die vernässten Moore bieten weiterhin einen attraktiven Lebensraum zum Erhalt
538 der Artenvielfalt. Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert, dass keine Moore mehr
539 umgebrochen werden und wiedervernässte Moorregionen und besonders schützenswerten
540 Niedermoore ausschließlich extensiv genutzt werden.

541 Schleswig-Holstein ist geprägt durch zwei Küsten, ertragreiche Böden, verhältnismäßig wenig
542 Wald, aber vielen Kleinstrukturen in Form von landestypischen Knicks. Die ertragreichen
543 Gunststandorte unserer heimischen Landwirtschaft sind limitiert, daher sollte der Naturschutz mit
544 seinen Maßnahmen keine zusätzlichen Flächen in erheblichen Maßen aus der Produktion nehmen.
545 Bereits durch Infrastrukturprojekte wird zu viel Fläche aus der Produktion genommen, die in
546 Zukunft auf ein Mindestmaß reduziert werden muss. Um diese Forderung zu erfüllen, sollten
547 bestehende Maßnahmen und Flächen auf deren Potenzial zur Verbesserung geprüft werden,
548 anstatt immer neue Flächen auszuweisen. Die ertragreichen Flächen stehen ebenfalls in
549 Konkurrenz zur Ausdehnung des Anbauumfangs im ökologischen Anbau. Eine Quote für den
550 Mindestumfang der ökologischen Landwirtschaft in Schleswig-Holstein wird daher abgelehnt.
551 Vielmehr sollten Gunststandorte für konventionelle und intensive Landwirtschaft und
552 Ungunststandorte für extensive und ökologische Landwirtschaft genutzt werden. Ein
553 entsprechendes Förderprogramm sollte entsprechend auferlegt werden.

554 Die landestypischen Knicks in Schleswig-Holstein bieten einen vielfältigen Lebensraum für die
555 Fauna. Der Erhalt der Artenvielfalt in der landestypischen Flora und vor allem Fauna muss eines der
556 übergeordneten Ziele in der Umweltpolitik bleiben. Daher müssen die Knicks weiterhin in ihrem
557 aktuellen ökologisch wertvollen Zustand erhalten bleiben und Maßnahmen ergriffen werden, um
558 deren Zustand zu verbessern. Weiterer Lebensraum für Wildtiere und Insekten kann durch den
559 Anbau von Zwischenfrüchten in der Landwirtschaft geschaffen werden. Als Synergieeffekt
560 zwischen Umweltschutz und Verbesserung der Landwirtschaft kann dabei Humus aufgebaut
561 werden. Um die Artenvielfalt und Verbesserungsmöglichkeiten genauer nennen zu können, bedarf
562 es intensiver Monitoring-Programme. Besonders das derzeit vieldiskutierte und mit kaum

563 Datengrundlage belegte Insektensterben muss unabhängig und ergebnisoffen untersucht werden.
564 Vielfach wird in dem Zusammenhang ein grundlegendes Verbot von Pflanzenschutzmitteln
565 gefordert, welches allerdings ohne genaue Untersuchungen und wissenschaftliche Grundlagen
566 nicht gerechtfertigt ist.

567 In der Landwirtschaft kann der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und organischen sowie
568 mineralischen Düngemitteln durch eine gesteigerte Effizienz gesenkt werden. Entsprechende
569 Einspar- und Verbesserungspotenziale werden im integrierten Pflanzenbau sowie durch Precision
570 Farming realisiert. Zur flächendeckenden Umsetzung bedarf es einiger wichtiger Instrumente: Es
571 wird ein kostengünstiges, zuverlässiges und genaues GPS-Signal zusätzlich zum mobilen
572 Datensignal benötigt, um die positiven umweltpolitischen Effekte, welche mit einer geringeren
573 Ausbringung und Effizienzsteigerung einhergehen, zu realisieren. Dabei können flächendeckend
574 die Nährstoffüberschüsse im Ackerbau gesenkt werden. Um die beste und präziseste Technik auf
575 unseren Flächen nutzen zu können, bedarf es jedoch einer flächendeckenden
576 Mobilnetzversorgung. Aus diesem Grund fordert die Junge Union Schleswig-Holstein einen
577 flächendeckenden Ausbau des Mobilfunknetzes bis 2022 - 5G braucht man eben doch an jeder
578 Milchkanne und auf jedem Feld!

579 Eine weitere Möglichkeit ist die oftmals kostenintensive Nutzung von Techniken zur
580 emissionsärmeren Ausbringung organischer Düngemittel, welche durch die Politik gefördert
581 werden muss. Die organische Düngung gehört zur Viehhaltung grundsätzlich dazu. Vor der
582 Ausbringung können organische Dünger zusätzlich in speziellen Biogasanlagen zur
583 Energieerzeugung genutzt werden. Als zusätzlicher positiver Effekt würden die organischen
584 Dünger dabei gasdicht gelagert werden. Diese Biogasanlagen, ausschließlich auf Güllebasis, sollten
585 mit neuen Richtlinien besonders berücksichtigt und gefördert werden. Darüber hinaus muss Gülle
586 langfristig besser transportiert werden, um wirtschaftlich genutzt zu werden. Separationsanlagen
587 sollten daher staatlich subventioniert werden, da sie einen wesentlichen Beitrag zum
588 Umweltschutz liefern. Das langfristige Ziel sollte sein, fast ausschließlich den organischen Dünger
589 zu nutzen und den Bedarf von Mineraldünger zu minimieren ohne die Wettbewerbsfähigkeit zu
590 verzerren. Hierzu ist jedoch eine fachgerechte Beratung und eine Überarbeitung der
591 Subventionierung von Nöten.

592 Im Naturschutz wird es von den angesprochenen Maßnahmen keine zum Nulltarif geben. Je
593 flexibler und akzeptierter eine Maßnahme ist, umso größer ist in der Regel der Personalbedarf bei
594 der Durchführung und anschließenden Kontrolle. Dies ist besonders bei den sogenannten
595 "Feuerwehrtöpfen" der Fall, die für kurzfristig umzusetzende Maßnahmen gedacht sind.

596 Grundsätzlich muss bekannt sein, dass ein Mehr an Umwelt- und Naturschutz eine Aufstockung
597 des Budgets in den entsprechenden Ressorts bedarf. Daher fordert die Junge Union eine
598 entsprechend finanzielle Ausstattung der agierenden Ministerien, um so erforderliche Natur- und
599 Umweltschutzmaßnahmen umsetzen zu können.

600

601 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert,

- 602 • dass die Umweltpolitik nicht die Versorgungssicherheit Deutschlands und die Existenz der
603 Landwirtschaft gefährden darf,
- 604 • dass Maßnahmen mit einer hohen Flexibilität im Vertragsnaturschutz ausgebaut werden,
- 605 • im Ausbau der Naturschutzmaßnahmen den Schwerpunkt auf dezentrale Maßnahmen zu
606 legen,
- 607 • den Ausbau der Beratungsangebote für die Landwirtschaft,
- 608 • eine Überarbeitung der Düngeverordnung, um den Humusaufbau in Böden zu stärken,
609 ohne damit verbundene Nachteile für die Landwirtschaft zu generieren,
- 610 • die Trockenlegung von Mooren zu stoppen und in geeigneten Regionen die
611 Wiedervernässung zu fördern,
- 612 • ein Verbot von neuen Moorumbriichen sowie eine ausschließlich extensive Landwirtschaft
613 in wiedervernässten Mooren,
- 614 • die Reduzierung des Flächenverbrauchs bei Naturschutzmaßnahmen und
615 Infrastrukturprojekten auf ein Minimum,
- 616 • die Verbesserung bestehender Maßnahmen, bevor Flächen für neue Maßnahmen
617 ausgewiesen werden,
- 618 • ein Förderungssystem für eine standortgerechte Landwirtschaft statt einer
619 flächendeckenden Erhöhung der ökologischen Landwirtschaft durch eine geforderte
620 Quote,
- 621 • den Erhalt und die nachhaltige Pflege der Knickstrukturen in Schleswig-Holstein,
- 622 • unabhängige und ergebnisoffene Untersuchungen zur Artenvielfalt, besonders bei den
623 Insekten,

- 624 • kein generelles flächendeckendes Verbot von Pflanzenschutzmitteln ohne eine
625 wissenschaftliche Grundlage,
- 626 • die Bereitstellung der Infrastruktur für Precision Farming und integrierten Pflanzenbau,
- 627 • den flächendeckenden Ausbau des Mobilfunknetzes bis 2022,
- 628 • die Förderung von Investitionen in emissionsarmen Ausbringstechniken,
- 629 • die Förderung der Nutzung von organischen Düngern zur Energieerzeugung und die
630 Minimierung der Mineraldünger,
- 631 • eine Aufstockung des Budgets speziell für schnell und direkt umzusetzende Maßnahmen
632 im Naturschutz.